

## Kurz-Infos **Evangelikalen-Phobie im Berner Stadtrat?**

### Wechsel im Dialog Nordquartier

Urs Jost heisst der neue EVP-Vertreter im Dialog Nordquartier, der Quartierkommission im Kreis 5. Er leitet das Architekturbüro «Planschmiede» im Wylerfeld. Seine Vorgänger Matthias Fankhauser und sein Stellvertreter Adrian Tschirren hatten zuvor während gut drei Jahren EVP-Präsenz im Dialog markiert. Nun treten sie aus zeitlichen Gründen zurück. Lieber Matthias, lieber Adrian, für Euer Engagement im Namen unserer Partei danken wir Euch herzlich!

### EVP gewinnt Preisgeld

Beim Sammeln von Unterschriften für die erfolgreich zustande gekommene Erbschaftsinitiative hat die EVP Stadt Bern die Bronzemedaille unter den EVP-Sektionen gewonnen. Unsere Ortspartei sammelte 880 Unterschriften und verdiente sich damit ein Preisgeld von 500 Franken.

Ein besonders aktiver Unterschriftensammler aus unserer Ortspartei war Werner Ninck. Er sammelte 249 Unterschriften und landete auf dem 4. Platz der Einzelpersonen.

### Nachwuchs

Unser neues Vorstandsmitglied Bettina Jans-Troxler ist am 16. März 2013 zum ersten Mal Mutter geworden. Ihre Tochter heisst Sofia Clara. Der Vorstand freut sich mit der frischgebackenen Familie.

BSt.

Freikirchler sind immer wieder mal Zielscheibe von religionskritischen Journalisten und Politikern. Vor kurzem war dies der Fall bei christlichen Erziehungsratsgebern, vor einem Jahr musste die Heilsarmee hinhalten.

Im Mai 2012 ging eine Welle der Empörung durch die Schweizer Medienlandschaft, als die Heilsarmee eine lesbische Heimleiterin im Kanton Zürich wegen einer Beziehung mit einer Untergebenen entliess. Gar im Berner Stadtrat wurde das Thema gleich doppelt aufgegriffen. Die Fraktionen GLP und GB/JA! (Grünes Bündnis/Junge Alternativen) reichten je eine ähnlich lautende Motion ein, dass der Gemeinderat künftig keine Leistungsverträge mehr mit Organisationen abschliessen solle, die eine «diskriminierende Personalpolitik» betreiben.

Die Vorstösse werden nun in Kürze im Stadtrat behandelt. Der Gemeinderat schreibt in seiner



**Politiker tun sich oft schwer mit überzeugten Christen.**

zweimal gleichlautenden Antwort, dass er die Motionen zur Annahme empfehle, denn bei Leistungsvertragsnehmenden wird ein Diskriminierungsverbot erwartet. Der Aspekt werde darum in die Überarbeitung der Musterverträge einfließen. Gleichzeitig weist der Gemeinderat aber auch darauf hin, dass die Zusammenarbeit mit der Heilsarmee Bern bislang sehr gut lief und es keinen Grund zu Beanstandun-

gen gab. Die Heilsarmee bekenne sich eindeutig zu einer diskriminierungsfreien Personalpolitik.

Im Blick auf die beiden fast identischen Motionen wird man somit den Verdacht nicht los, dass bei GLP und GB/JA! im Wahljahr 2012 wohl eher das Schüren einer «Evangelikalen-Phobie» im Vordergrund stand als die eigentlich sinnvolle Bekämpfung der Homophobie.

Matthias Stürmer, Stadtrat

### EVP im Web

[www.evp-bern.ch](http://www.evp-bern.ch) bietet Ihnen am aktuellsten die neusten News aus der EVP Stadt Bern. Neben allerlei Infos, Links und Hinweisen auf Veranstaltungen finden Sie dort auch alle EVP-Abstimmungsparolen und die «EVP-Infos» als PDF-Datei.

### Impressum

Herausgeber:

EVP Kanton Bern,  
Postfach, 3000 Bern 7

Redaktion «Berner EVP»:  
Christof Erne, Bern

Kontaktadresse für «EVP-Info»: Christof Erne  
Tel. 031 991 78 91, [bevpevp@evp-be.ch](mailto:bevpevp@evp-be.ch)

EVP Stadt Bern  
Postfach 6049, 3001 Bern  
Postcheckkonto 30-2067-3  
Mail: [info@evp-bern.ch](mailto:info@evp-bern.ch)

Internet: [www.evp-bern.ch](http://www.evp-bern.ch)  
[www.facebook.com/evpstadtbern](http://www.facebook.com/evpstadtbern)



## Wie die Verwaltung Informatikkosten sparen könnte

Aktuell beschäftigt die Klage einer Berner Firma gegen das Bundesgericht die Gerichte, weil dieses seine Software «OpenJustitia» auch den Kantonen unter einer Open-Source-Lizenz, d.h. lizenzrechtlich gesehen kostenfrei, anbietet. Darf in einem Unternehmen die eine Abteilung ihre Leistungen unentgeltlich zur Verfügung stellen? Nun ist klar, dass die öffentlichen Verwaltungen der Schweiz nicht *ein einziges* Unternehmen sind. Auf Ebene Bund gibt es immerhin *eine* rechtliche Körperschaft, das ist die Schweizerische Eidgenossenschaft. Meine tägliche Arbeit als Unternehmens-Architekt im Eidg. Departement

für Wirtschaft, Bildung und Forschung besteht darin, ähnlich wie bei der klassischen Raumplanung und den Baubewilligungsverfahren gewisse Richtlinien zu definieren und umzusetzen, damit die «Landschaft» der Informatiklösungen nicht wie ein Flickwerk daher kommt. Interessant ist die Frage: was wird als «Unternehmen» verstanden? Beim Bund sind dies zum Teil die Departemente, häufig aber auch die Bundesämter, manchmal gar innerhalb eines Amtes die einzelnen Abteilungen. Es liegt auf der Hand, dass solche Strukturen die Kosten von Informatiklösungen beeinflussen. Meine Vision der Bundesinformatik ist, diese als Konzerninformatik zu organisieren. Nach meiner Einschätzung gehe ich aber vielleicht in Pension, bevor diese Vision Realität wird (zur Info: ich bin gerade 50 geworden).

Darf, sollte oder muss die Verwaltung als Unternehmen arbeiten? Oder anders gefragt: Warum braucht die Stadt Bern ein eigenes Rechenzentrum?

Mein Fazit, bezogen auf die eingangs gestellten Fragen: durch Zusammenarbeit könn(t)en die Verwaltungen der Schweiz viel Geld sparen, und Bern würde eigentlich nicht zwingend ein eigenes Rechenzentrum benötigen. Ob dieses Sparpotenzial genutzt werden soll, oder ob eher durch eine möglichst grosse Vielfalt die Wirtschaft gefördert



**Hans Ulrich Wiedmer**

werden soll, liegt in der Verantwortung der politischen Organe.

Es würde der Verwaltung gut anstehen, die Steuereinnahmen so zu verstehen, dass diese treuhänderisch verwaltet werden müssen.

Hans Ulrich Wiedmer,  
Grossratskandidat

### Parteiversammlung

**Mittwoch, 15. Mai, 19.30 Uhr**  
**Nägelligasse 9, Raum Edelweiss, 3011 Bern**

Am 9. Juni stimmen wir über das konstruktive Referendum zum Betreuungsreglement (Betreuungsgutscheine für Kindertagesstätten) ab. An der Parteiveranstaltung diskutieren Ursula Marti (SP) und Martin Trachsel (EVP) das Thema kontradiktorisch.

Traktanden:

- Betreuungsreglement der Stadt Bern
- Teilrevision der Bauordnung
- Verschiedenes

Eingeladen sind alle Mitglieder und Freunde.

### Mit der EVP unterwegs

**Freitag, 28. Juni, 17.00–18.30 Uhr**  
**Besichtigung Grossbaustelle «PostParc» in Bern**

Bei der einstigen Schanzenpost entsteht mit dem «PostParc» ein neues urbanes Zentrum im Westen des Bahnhofs Bern mit einem abwechslungsreichen Mix aus Büros, Läden und Restaurants. Bauherrin ist die Schweizerische Post. Wir blicken hinter die Bauwand und erfahren von Gesamtprojektleiter Ivo Langenick mehr über die besonderen Herausforderungen dieser Baustelle und die zukünftige Nutzung der Gebäude. Der Treffpunkt ist beim Haupttor (Rampe Richtung Postauto-Bahnhof). Anmeldungen bitte an Barbara Streit-Stettler, Tel. 079 783 54 78, E-Mail [info@evp-bern.ch](mailto:info@evp-bern.ch).



## Im Stadtteil IV leben fägt!

Am Mittwoch 20. März wurde bekanntgegeben, dass die älteste der fünf Berner Quartierkommissionen sich verändert hat. Neu wird die QUAV4 wie die anderen Quartiervertretungen über ein ehrenamtliches Präsidium und als Neuerung über eine professionelle, dem Vorstand unterstellte 30%-Geschäftsstelle verfügen.

Bei den aktuellen Spielplatzsanierungen der Stadt sollen in Mitwirkungsgruppen die Bedürfnisse erfasst werden. Ein noch speziellerer und einzigartiger Ort zum Spielen ist aber die auf Initiative aus dem Quartier entstandene Spielbrache Wyssloch, die seit September 2012 benutzt wird – wer selber Kinder hat kann sich unter [www.wyssloch.ch](http://www.wyssloch.ch) informieren.

Wichtige Daten für mich sind die Neuzuzügerbegegrüssung im Frühling und Herbst und vor allem der Berner Umweltag, wo wir als Parteien gemeinsam das Catering bestreiten. Also herzlich willkommen am 8. Juni ab 9 Uhr beim Alten Tramdepot, inkl. Bring- und Hohntag!

Wichtige in der QUAV4 sind auch die Stadt- oder Verkehrsplanung. Wer sich interessiert findet mehr unter [www.quavier.ch](http://www.quavier.ch).

Meieli Dillier-von Grünigen



Meieli Dillier-von Grünigen

## Betreuungsgutscheine eröffnen Perspektiven

Am 9. Juni stimmt die Stadt Bern über das **Betreuungsreglement ab** (weitere Informationen s. Seite 3). **EVP-Stadtrat Martin Trachsel, der die EVP im Unterstützungskomitee vertritt, stellt sich den Fragen dazu.**

**Im Mai 2011 hat das Berner Stimmvolk Betreuungsgutscheine für Kindertagesstätten (Kitas) beschlossen. Warum müssen wir jetzt nochmals darüber abstimmen?**

Martin Trachsel: Bei der Umsetzung waren die Gewerkschaften, Grünen und die SP nicht einverstanden damit, dass die Defizitgarantie für städtische Betriebe aufgehoben wird. Deshalb haben sie das konstruktive Referendum gegen das Betreuungsreglement ergriffen.

**Warum wollen diese eine Defizitgarantie für städtische Kitas?**

Die Stadt hat im Vergleich zu den privaten Kitas höhere Kosten, weil sie die 40-Stunden-Woche gewährt und einen grosszügigeren Personalschlüssel hat, als dies der Kanton vorschreibt.

**Stimmt der Vorwurf, dass das neue Betreuungsreglement ein «unsoziales System» zementiert?**

Nein. Heute legt der Kanton fest, wie viel Eltern für ihre Kinder in einer subventionierten Kita pro Tag bezahlen. Der Rest wird durch die öffentlichen Hand finanziert. Diese Plafonierung verhindert unsoziale Auswüchse.

**Das Betreuungsreglement will aber die Tarifobergrenze freigeben. Kommt es dadurch nicht zu einer sozialen Entmischung?**

Wir möchten damit spezielle pädagogische Konzepte ermöglichen. Eine Wald-Kita braucht unter Umständen mehr Personal als eine herkömmliche. Gewöhnliche Kitas werden ihre Plätze nach wie vor zu durchschnittlichen Preisen anbieten, weil sie nur so konkurrenzfähig sind. Die Freigabe der Tarife tritt übrigens nur dann in Kraft, wenn der Kanton seine Vorgaben ändert.

**Subventionierte Kita-Plätze fehlen. Was bringt das neue Betreuungsreglement in dieser Beziehung?**

Ob neue Kitas initiiert werden, hängt davon ab, ob sie langfristig wirtschaftlich überleben können. Im Moment werden zum Beispiel in Bern West keine privaten Kitas eröffnet, weil Familien dort auf subventionierte Plätze angewiesen sind. Werden die Betreuungsgutscheine eingeführt, spielt es keine Rolle mehr, wo die neuen Kitas entstehen.

**Bislang hat man noch wenig Erfahrung mit Betreuungsgutscheinen. Was geschieht, wenn sich das neue System nicht wie erwartet entwickelt?**

Wir werden ein Auge darauf haben und Änderungen vornehmen müssen, wenn etwas aus dem Ruder läuft.



Stadtrat Martin Trachsel

**Wo siehst du die Gefahren?**

Meine Hauptbefürchtung ist, dass zu stark reguliert wird und dadurch keine neuen Kitas eröffnet werden. Ein zweites Risiko sehe ich darin, dass der Kanton angesichts seiner finanziellen Situation die Subventionen senkt, so dass die Eltern einen grösseren Anteil selber bezahlen müssen.

**Wie steht es mit der Qualitätssicherung?**

Wer Betreuungsgutscheine entgegennimmt, muss sich an Qualitätsstandards halten, die der Kanton festlegt. Diese gelten sowohl für städtische als auch für private Kitas.

Interview:  
Barbara Streit-Stettler

## Zur Person

Martin Trachsel stand als Heimleiter viele Jahre dem Cevi-Lehrlingsheim mit integrierter Kita vor. Er ist verheiratet, hat zwei erwachsene Söhne, ist EVP-Stadtrat und Co-Präsident des WWF Kanton Bern.

## Betreuungsreglement: Stadtratsvorlage und Volksvorschlag

Die Volksabstimmung im Mai 2011 gab bei der familienergänzenden Betreuung von Kindern und Jugendlichen grünes Licht für den Systemwechsel zu Betreuungsgutscheinen. Wurden subventionierte Plätze bisher nur in städtischen oder ausgewählten subventionierten Kitas bereitgestellt, so können neu alle Kitas Gutscheine entgegennehmen und alle Eltern abklären lassen, ob sie ein Anrecht auf einen Gutschein haben. Die konkrete Umsetzung und Realisierung scheiterte in

den Ausführungsbestimmungen im Betreuungsreglement der Stadt, gegen welches das konstruktive Referendum durch Gewerkschaften, Grüne und SP ergriffen wurde.

Unterschiede des Volksvorschlags gegenüber der Stadtratsvorlage:

- Die Tarifobergrenze soll für die von den Eltern bezahlten Gebühren beibehalten werden. Dies reglementiert und beschneidet unternehmerische Freiheiten, individuelle Konzepte und ein vielfältiges Angebot.

- Die städtischen Kitas sollen weiterhin eine Defizitgarantie erhalten. Dies schafft ungleiche Bedingungen bei Mitarbeitenden und betriebswirtschaftlichem Risiko zwischen staatlichen und privaten Kitas.

- Der Gemeinderat entscheidet über die Höhe eines Fixbeitrages an die Kitas. Die kantonalen Vorgaben setzen die Elternbeiträge sehr tief an. Dies sind keine kostendeckenden Tarife; sie erfordern zusätzliche staatliche Leistungen. Der Stadtrat

möchte hier mitreden und die Einführung der Betreuungsgutscheine in den nächsten Jahren begleiten. Dies wird obsolet, wenn der Kanton seine Tarifobergrenze lockert, die Finanzierung vereinfacht und das Gutscheinsystem voll angewendet werden kann.

Die EVP-Stadträte empfehlen ein Nein zum Volksvorschlag und damit den Verbleib bei der Stadtratsvorlage, um den Weg zu einem funktionierenden Gutscheinsystems freizumachen.

Martin Trachsel, Stadtrat

## Unterstützung der EVP

Damit die EVP Stadt Bern etwas bewirken kann, braucht es nebst viel ehrenamtlicher Arbeit engagierter Personen in Stadtrat, Vorstand, Quartier- und Schulkommissionen usw. auch Sie: Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie für

diese politisch aktiven Leute beten, sie bei Wahlen unterstützen, unsere Abstimmungsempfehlungen beachten und nach Möglichkeit auch den beiliegenden Einzahlungsschein nutzen. Danke für Ihre Mithilfe!

## Statthalter

Am 9. Juni wird auch der Regierungsstatthalter für Bern-Mittelland gewählt. Der Vorstand der EVP empfiehlt einstimmig den amtierenden Christoph Lerch zur Wiederwahl.

## Schutz von Wohnraum – Teilrevision der Bauordnung

Die Wohnungsnot in der Stadt Bern ist bekannt. Seit Jahrzehnten schon stehen nie mehr als 1 % der städtischen Wohnungen leer, meist lag die Leerwohnungsziffer gar unter 0,5 %. Um diese Wohnknappheit zu bekämpfen werden laufend neue Häuser gebaut. Gleichzeitig gilt es jedoch auch bestehende Wohnungen vor der Umnutzung in Dienstleistungs- oder Gewerbeflächen zu schützen. Dazu diente bisher das kantonale Gesetz über die Erhaltung

von Wohnraum (WERG). Im Dezember 2009 hat der Grosse Rat des Kantons Bern nun beschlossen, das WERG abzuschaffen. Begründet wurde die Abschaffung damit, dass in den letzten Jahren nur noch die Stadt Bern diese Regelung angewendet hat. Der Anteil leerer Wohnungen ist auf dem Land denn auch deutlich höher als in der Stadt.

Als Ersatz für das WERG soll mit der kommenden Abstimmung eine eigene Wohnraumschutzbestimmung erlassen und die

bestehende Bauordnung mit dem neuen Artikel 16a «Schutz von Wohnraum bei Wohnknappheit» ergänzt werden. Dabei ist auch eine bessere Integration mit dem städtischen Baurecht vorgesehen.

Die Stadträte Martin Trachsel und Matthias Stürmer befürworten diese Anpassung der Bauordnung. Der Schutz von Wohnraum rechtfertigt den Eingriff in die Rechte der Grundeigentümer. Gleichzeitig ermöglichen Ausnahmebestimmungen, in gerechtfertigten Fällen



Stadtrat Matthias Stürmer

doch eine Nutzungsumwandlung des Wohnraums vorzunehmen.

Matthias Stürmer, Stadtrat